Digitale Souveränität, jetzt!

Schweizer Firmen wollen sich von Big Tech emanzipieren. Ein Vorfall bei Microsoft zeigt, warum. **Von Markus Städeli**

Donald Trumps Feinde sind offenbar auch die Feinde von Microsoft. Nachdem die USA Karim Kahn, den Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs, im Februar mit Sanktionen belegt hatten, sperrte Microsoft Kahns E-Mail-Konto. Laut der Nachrichtenagentur AP sah sich dieser gezwungen, zum Schweizer E-Mail-Anbieter Proton zu wechseln. Ein Microsoft-Sprecher bestätigt den Vorfall, betont aber, dass nur der Sanktionierte und nicht der Strafgerichtshof als Ganzes abgehängt worden sei.

ILLUSTRATION GETTY

Einem Schweizer Bundesrichter könnte Microsoft den Stecker nicht ziehen. Das Bundesgericht hat eine eigenständige IT-Infrastruktur und verwendet Open-Source-Software wie Linux, Libre Office oder Firefox. Was das Bundesgericht hat, wollen plötzlich auch andere Behörden und Firmen: Mehr Unabhängigkeit von Big Tech, deren Chefs alle nach Mar-a-Lago pilgerten, um den Ring zu küssen.

«Seit den Zollankündigungen von Donald Trump erhalte ich praktisch täglich Anfragen zu digitaler Souveränität – von Behörden, öffentlichen Einrichtungen und Firmen», sagt Matthias Stürmer. Er leitet das Institut Public Sector Transformation an der Berner Fachhochschule und sensibilisiert in der parlamentarischen Gruppe «Digitale Nachhaltigkeit» auch Bundespolitiker für das Thema. «Jetzt ist für alle ersichtlich, dass sich grosse Tech-Unternehmen wie Microsoft in erster Linie den Wünschen der US-Regierung beugen», sagt Stürmer. Die europäischen Kunden kämen bloss an zweiter Stelle.

«Die Nachfrage nach digitaler Unabhängigkeit ist deutlich gestiegen», beobachtet auch Mike Burkart. Er ist Chief Growth Officer bei Open Circle, einem IT-Dienstleister für KMU. «Ich habe zum Beispiel am vergangenen Freitag ein Gespräch geführt mit jemandem, der komplett weg will von Microsoft. So klar formulierte Anfragen hätten wir 2024 nie gehabt.»

Auch Swisscom profitiert

Bei Swisscom weiss man die geopolitischen Turbulenzen ebenfalls zu nutzen: «Wir haben Gespräche mit Kunden, die voll in die Public Cloud amerikanischer Anbieter gegangen sind. Sie fragen sich nun, ob sie nicht wieder ein Bein in der Schweiz haben sollten, aus Gründen der Resilienz und der digitalen Souveränität», sagt Urs Lehner, Leiter Unternehmenskunden. «Wir haben bereits erste Projekte gewinnen können.»

Der Telekomkonzern hat diese Woche eine neue Cybersecurity-Lösung für Geschäftskunden lanciert und dürfte auch bei diesem Angebot mit seiner Swissness punkten. Verfechter von Open-Source-Lösungen werfen Swisscom allerdings vor, meist einfach das Produkt eines ausländischen Konzerns zu nehmen, etwa AWS von Amazon bei der Cloud, und es mit einem Schweizerkreuz zu versehen.

Eigentlich würde es oft ganz ohne Big Tech gehen. «Es gibt heute gute Open-Source-Lösungen für alle IT-Bedürfnisse inklusive Cloud-Computing und KI», sagt Stürmer, der letztes Jahr auch einen Bericht zuhanden des Departements für auswärtige Angelegenheiten zum Thema digitale Souveränität erstellte.

Mit einem kleinen Mehraufwand könnten Firmen ihre digitale Infrastruktur mit solchen Open-Source-Produkten viel unabhängiger und resilienter machen. Aber natürlich sei es am bequemsten, einfach die Dienste der grossen Konzerne in Anspruch zu nehmen, sagt Stürmer.

Kein IT-Verantwortlicher geht ein Karriererisiko ein, wenn er Produkte von Microsoft, IBM und Co. wählt. Eher im Gegenteil. Auch das weiss Stürmer. Trotzdem will die Berner Fachhochschule jetzt die Gunst der Stunde nutzen. «Zurzeit erarbeiten wir zusammen mit Behörden und Open-Source-Anbietern ein Konzept für ein Schweizer Zentrum für digitale Souveränität. Die laufenden Gespräche bestätigen, dass vonseiten der Verwaltung ein grosser Bedarf für zentral koordinierte Aktivitäten besteht», sagt Stürmer.

Die Idee sei, die Bedürfnisse von möglichen Nachfragern wie Behörden und öffentlichen Unternehmen wie der Post oder Spitälern zu bündeln. Und auch auf der Angebotsseite die Dienste von unabhängigen IT-Dienstleistern aufeinander abzustimmen.

Unbehagen wächst

Europaweit wächst das Unbehagen vor der digitalen Abhängigkeit – Deutschland hat seit letztem Jahr sogar ein Gesetz, wonach der Bund Open-Source-Software den Vorzug geben muss. In der Schweiz jedoch migrieren laufend weitere Verwaltungen in die Clouds der grossen Anbieter.

Oft gibt das Versprechen einer lokalen Datenspeicherung den Ausschlag. «Auch Microsoft Schweiz versucht, den Begriff digitale Souveränität zu besetzen. Aber das ist natürlich absurd», sagt Pascal Mages, Chief Technology Officer von Open Circle. «Selbst wenn Daten in einem Schweizer Datencenter von Microsoft gespeichert sind, wäre das Unternehmen wegen des Cloud Acts gezwungen, diese in die USA zu liefern, wenn eine Behörde darum ersucht.» Firmen, die zu Open Circle kämen, wollten eine gewisse Unabhängigkeit von ausländischen Anbietern erhalten. Sie störten sich auch daran, dass jährlich Milliarden Lizenzabgaben aus der Schweiz in die USA fliessen, sagt Mages. «Wir garantieren ihnen, dass sie auch nicht von uns abhängig werden. Denn selbst Kunden, die sich dafür entscheiden, ihre Daten in unserer Swiss Business Cloud zu halten, können jederzeit den Anbieter wechseln, da unsere Cloud auf Open-Source-Technologien basiert.» Es gebe daher keinen Lock-in-Effekt, wie man ihn zum Beispiel bei One Drive von Microsoft habe.

Beim Bundesgericht bereut man die Open-Source-Strategie nicht. Sie funktioniere grundsätzlich gut, sagt ein Sprecher. Neben der Unabhängigkeit und Datensicherheit ermögliche es der Einsatz von Open-Source-Anwendungen, sehr gut auf die Bedürfnisse der Nutzer einzugehen. «Nicht immer ganz einfach ist es, die Kompatibilität mit den Informatikanwendungen der Eidgenossenschaft sicherzustellen.»

Anzeige